

Speicherung von Daten erlaubt

Beschwerdeführer wollen das Urteil weiterziehen

Lausanne. Wer mit wem, wie lange und von wo aus telefoniert hat: Das Bundesgericht hält es für zulässig, diese Informationen sechs Monate lang zu speichern. Es lehnte eine Beschwerde von sechs Privatpersonen ab.

Das Gericht räumt ein, dass die Speicherung und Aufbewahrung solcher «Randdaten» einen Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen darstellt. Randdaten sind nicht nur die Informationen darüber, wer, wie lange und wo telefoniert wurde. Erfasst werden auch andere Daten, die beim Telefonieren, beim Verschicken von SMS oder bei der Nutzung des Internets entstehen. Inhalte werden allerdings nicht gespeichert. Aus diesem Grund sei der Eingriff zu relativieren, legt das Bundesgericht weiter dar.

Zudem werden die Daten von den Anbietern weder gesichtet noch verknüpft. Strafverfolgungsbehörden müssten ausserdem – sollten sie Zugriff auf die Daten wollen – die gesetzlichen Voraussetzungen der Strafprozessordnung erfüllen. Weiter liege ein gewichtiges öffentliches Interesse an der Randdatenspeicherung vor, da sie beim Aufklären von Straftaten und bei der Suche von vermissten Personen diene.

Die sechs Kläger – Mitglieder des Vereins «Digitale Schweiz» – wollen das Urteil weiterziehen und wenden sich dazu an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, wie Viktor Györfy, Rechtsanwalt der «Digitalen Gesellschaft», mitteilt. Unter den Beschwerdeführern ist auch Nationalrat Balthasar Glättli (Grüne/ZH).

Grundlage für die Vorratsdatenspeicherung ist das Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf). Es verpflichtet die Telekommunikationsanbieter, die Randdaten der Telekommunikation ihrer Kundschaft zu speichern und sechs Monate lang aufzubewahren. Ein Referendum gegen das Büpf war nicht zustande gekommen. SDA

Nachrichten

Ablehnung von geheimen Ausschreibungen

Bern. Der Bundesrat möchte Unterlagen zu Beschaffungen geheim halten können. Er will damit die Geschäftsgeheimnisse der Anbieter schützen; zudem fürchtet er, dass der Wettbewerb manipuliert wird, weil andere Anbieter ihre Angebote bei ähnlichen Ausschreibungen abstimmen können. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats macht dabei allerdings nicht mit. Mit 12 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung hat sie das Vorhaben abgelehnt. SDA

Thurgau wirft Bund Vertragsbruch vor

Frauenfeld. Aus Spargründen will der Bund die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten der Schweiz innerhalb der nächsten zehn Jahre an einem Standort in Posieux (FR) zentralisieren – und im Zuge dessen den Agroscope Standort in Tänikon (TG) schliessen. Für die Thurgauer Regierung ist dies ein Vertrauensbruch. Sie werde auf die Vereinbarung mit dem Bund pochen, welche erst im vergangenen August unterzeichnet worden war und den Erhalt der 100 Arbeitsplätze und Investitionen von 10 Mio. Franken zusicherte, hielt sie gestern fest. SDA

Schärfere Regeln bei Risikosportarten

Bern. Der Bundesrat will die Regeln für Risikosportarten wie Hochtouren, Riverraffing oder Bungee-Jumping verschärfen. Unternehmen und Personen, die solche Freizeitaktivitäten gewerbsmässig anbieten, sollen in Zukunft eine Bewilligung haben müssen. Bislang galt nur als gewerbsmässiger Anbieter, wer jährlich mehr als 2300 Franken Einkommen erzielte. Eine Ausnahme gilt weiterhin etwa für Vereinsaktivitäten oder Angebote von Schulen und Hochschulen. SDA

Ein bürgerliches Plädoyer für mehr Grün in der Politik

Gesunde Umwelt, starke Wirtschaft

Von Roger E. Schärer

Klimaveränderung und Umwelt stehen im Fokus nationalen und internationalen Bewusstseins. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Emissionen, die unsere moderne Lebensweise verursacht, und der Beeinträchtigung von Luft, Wasser und Boden. Obschon das Bewusstsein dafür weltweit gewachsen ist und sich die Erkenntnis breit macht, dass Massnahmen und Korrekturen zur Sicherung unserer Natur und Umwelt notwendig sind, besteht noch wenig Konsens darüber, inwieweit der einzelne Bürger, die Unternehmen, die Politik, der Staat und internationale Organisationen für die Bewältigung der anstehenden Probleme zuständig sind. Zu oft wird versucht, einen unvereinbaren Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie zu konstruieren. Das führt zu falschen Fronten.

Mit dem UNO-Klimagipfel hat die internationale Staatengemeinschaft eine globale Plattform gebildet, um die Klimafrage weltweit zu dynamisieren. Ziel ist es, politische Voraussetzungen zu schaffen, um die Verhandlungen für ein umsetzbares Klimaabkommen zu koordinieren und zu beschleunigen und den Einfluss der UNO-Organisationen in der weltweiten Klimapolitik zu stärken. Es ehrt die Schweiz, dass unser damaliger UNO-Botschafter Peter Maurer zusammen mit seinem mexikanischen Kollegen den Auftrag erhielt, eine Reform der UNO-Klimapolitik zu erarbeiten und innerhalb der Mitgliedstaaten einen entsprechenden Konsens vorzubereiten. Zudem verfügt unser Land mit Thomas Stocker von der Universität Bern über einen weltweit führenden und gehörten Klimaforscher. Wir reiten auf der grünen Welle. Das ist wichtig, denn die Lage ist alarmierend.

Unsere Zukunftsprobleme

Die Schadstoffemission bleibt enorm. Weltweit werden über 34 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr ausgestossen. Hier mag überzeugen, dass die Schweiz das Land mit dem geringsten Pro-Kopf-CO₂-Ausstoss ist. Aber wir leben nicht auf einer Insel. Trotz strengsten Umweltschutzgesetzen sind wir abhängig von den internationalen Klimarahmenbedingungen. Luftverfrachtungen von Schadstoffen und die weltweite Schädigung der Ozonschicht sind auch unsere Zukunftsprobleme.

Es fällt auf, dass schweizerische Parteien nun das Thema für eigene Ziele bewirtschaften. Dabei wird übersehen, dass gerade unsere Wirtschaft massiv und vorbildlich in den Umweltschutz investiert. So liegt die schweizerische Maschinenindustrie bereits heute 40 Prozent unter den Emissionsvorschriften des Kyoto-Protokolls. Die profitable Zementindustrie kann sich Millioneninvestitionen für Luftreinhaltefilter leisten, um den Schadstoffausstoss massiv zu reduzieren. Dienstleistungsfirmen wie Banken und Ver-



Im Einklang. Viele Schweizer Unternehmen investieren schon heute massiv und vorbildlich in den Umweltschutz. Foto Keystone

sicherungen haben sich verpflichtet, ihre Liegenschaften nach Minergie-standards um- und neu zu bauen. Verschiedene Organisationen arbeiten an der 2000-Watt-Gesellschaft. Die ETH hat einen Motor gebaut, der auf 100 Kilometern nicht einmal einen Liter Treibstoff verbraucht. Und die Swiss lancierte im Flugverkehr ein CO₂-Programm, das für jeden Passagier und Flug den Schadstoffausstoss rechnet und investiert schadstoffabhängig in Klimaschutzprojekte.

Gerade die Industrie trägt zur Lösung der Energie- und Klimaschutzfragen proaktiv bei. Jede Firma kennt ihre eigenen Umweltschritte am besten. Wenn der gute Ruf von Unternehmen bei Kunden und Konsumenten durch Umweltsünden verloren geht, kann nur eine langfristige Unternehmenspolitik Glaubwürdigkeit erhalten. Es ist festzustellen, dass Aspekte des Klimaschutzes in der Wirt-

schaft, vor allem in der Industrie, zu einem zentralen Bestandteil der Strategie geworden sind. Gerade weil die internationale Politik die Umweltgesetze verschärft, die Energie so teuer wie nie zuvor ist, wird die Nachhaltigkeit zum bestimmenden Wirtschaftsfaktor und Wettbewerbsfaktor.

Unsere Existenzgrundlage

Die Schweiz ist und bleibt auf eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung angewiesen. Die Klimafrage ist mit der Energiefrage engstens verbunden und wird die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schweiz massgeblich bestimmen.

Die grossen Probleme und Herausforderungen können einerseits nur mit dem Know-how des Werk- und Denkplatzes gelöst werden, andererseits bilden Investitionen in nachhaltige, arbeitsplatzschaffende Unternehmen und Projekte auch für den

Finanzplatz profitable Geschäftsfelder. Die Wirtschaft hat erkannt, dass Ökonomie und Ökologie sich nicht gegenseitig ausschliessen, sondern bedingen, zumal die Umwelt letztlich die Existenzgrundlage von Wirtschaft und Gesellschaft sichert. Mit einer vernünftigen liberalen verantwortungsvollen Wirtschaft und einer aktiven Politik wird es uns gelingen, die Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz ohne Schaden und Wettbewerbsnachteile zu meistern. Nur wenn Marktkräfte und die technologische Entwicklung konsequent bei der Ausarbeitung von umweltrelevanten Vorschriften mitberücksichtigt werden, ist echter Fortschritt möglich.

Unsere Schuldigkeit

Rot-grüne Wende- und Gesinnungspolitiker verabsolutieren ihre eigenen Wertpositionen. Damit leisten sie Tendenzen Vorschub, die nichts Gutes verheissen. Irrwege rot-grüner Programmatik sind eine mehr oder weniger ausgeprägte Technik-, Wissenschafts- und Wachstumsfeindlichkeit und die Neuaufgabe ökosozialistisch inspirierter Ideologie des Staatsinterventionismus im Namen der Natur. Preis und Auswirkungen einer solchen Politik wären auf lange Sicht und gemessen an einer gesamtheitlichen politischen Perspektive unannehmbar.

Die Demobilisierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Selbstheilungskräfte, Behinderung und Verhinderung des technologischen und wissenschaftlichen Fortschritts, der gerade mit Blick auf die Lösung der anstehenden Umweltprobleme von herausragender Bedeutung ist, sind bereits absehbar. Ebenfalls die Destabilisierung all jener Grundlagen, die für die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt, die Vollbeschäftigung in zukunftsfähigen Arbeitsplätzen der Digitalisierung und für Wohlstand unentbehrlich bleiben. Ein gesellschaftliches Klima des Kulturpessimismus und der Zukunftsangst, das der gebotenen Dynamisierung aller Kräfte und Energien, insbesondere der künftigen Generationen, lähmend und blockierend im Wege steht, zeichnet sich ab. Gesetze, Vorschriften, eine ausufernde Bürokratie und fiskalische Massnahmen haben noch die Eigenverantwortung und Vorbild ersetzt.

Es braucht weniger links-grüne Programmatik, sondern mehr Grün in allen Parteien als Ausdruck einer umfassenden und nachhaltigen Verantwortung. Für unsere Umwelt und für die Zukunft unseres Planeten Erde und den Erhalt unserer Lebensqualität. Wohlstand wird ohne eine intakte Umwelt nie möglich sein. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig, ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt.

Roger E. Schärer ist Mitglied der FDP und Präsident der Swiss European Networking Agency.

Die Kirche soll sich zurückhalten, die Laien nicht

Schweizer Parteispitzen diskutieren über das Verhältnis von Religion und Politik

Von Dominik Feusi, Chur

Es ist seit Goethes Faust die sogenannte Gretchenfrage: «Nun sag, wie hast du mit der Religion?» Im politischen Betrieb in Bern wird sie selten gestellt – und wenn, dann irgendwann tief in der Nacht in irgend einer Bar. Aber religiöse Überzeugungen spielen häufiger eine Rolle, als man glaubt, nicht nur bei existenziellen Fragen von Abtreibung bis Sterbehilfe, sondern auch bei banaleren Geschäften.

Umso interessanter war es, dass gestern im Bischöflichen Palast in Chur drei politische Schwergewichte genau darüber diskutierten. In Chur trafen sich FDP-Präsidentin Petra Gössi, CVP-Präsident Gerhard Pfister und SVP-Nationalrat Gregor Rutz auf einem Podium mit dem Generalvikar des Bistums Chur, Martin Grichting, und diskutierten über das Verhältnis von Religion und Politik. Anlass war ein neues Buch von Martin Grichting, das

unter dem Titel «In eigenem Namen, in eigener Verantwortung» eine «Antwort auf den Pluralismus» sein will. Grichting denkt im Buch darüber nach, wie die Anhänger verschiedener Religionen in einer Gesellschaft friedlich zusammenleben können. Er ist der Überzeugung, dass eine aufgeklärte Gesellschaft und Religion keinen Gegensatz darstellen.

«90 Prozent mit der Linken»

Soll die Kirche aktiv in die Politik einmischen? Grichting zitierte Papst Franziskus, der in einer Enzyklika festhielt, weder er noch die Kirche hätten das Monopol in der Interpretation der sozialen Wirklichkeit. Die Laien sollen sich politisch einbringen, die Kirche solle sich bei konkreten Fragen zurückhalten. Petra Gössi sagte, sie habe ebenfalls Mühe, wenn sich kirchliche Würdenträger in konkrete Fragen einmischen, als Kantonsrätin habe sie das mehrfach erlebt.

«Wenn sie sich einmischen, dann sollen sie sich als Privatperson einmischen und in die politische Arena steigen», sagte Gerhard Pfister. In den allermeisten Fällen findet genau das allerdings nicht statt. Er stört sich daran, dass die Kirche «in 90 Prozent mit der Linken übereinstimmt». Es gebe heute eine «Einheit von Altar und Genossentum». Die Kirche mache sich überflüssig, wenn sie bloss die Positionen von SP und Grünen übernehme. Für Gregor Rutz ist es Aufgabe der Kirche, Grundsätze zu vermitteln, aber nicht mehr. «Es kann nicht sein, dass die Kirche sich zu Ladenöffnungszeiten und zur Energiestrategie äussert.»

«Wir haben ein Problem»

Martin Grichting wies darauf hin, dass man dem Islam die Vermischung von Politik und Religion vorwerfe. Dieser Vorwurf sei gerechtfertigt, verliere allerdings an Glaubwürdigkeit, wenn sich die hiesigen Kirchenvertreter als

Würdenträger in die Politik einmischen. Moderator und Blick-Chefredaktor Christian Dorer nahm diesen Ball auf und fragte, wie der Islam sich zum Staat verhalte und was die Zuwanderung von Moslems für das Verhältnis von Religion und Politik bedeute. Für Petra Gössi ist es entscheidend, dass die Integration tatsächlich gelingt. Und gelungen sei sie, wenn die Rechtsordnung respektiert werde. «Wenn ein Moslem einer weiblichen Lehrperson mit der Religion als Begründung die Hand nicht gibt, dann haben wir ein Problem», sagte Gerhard Pfister.

Gregor Rutz fand, das Problem mit dem Islam werde unterschätzt. Er kritisierte, dass der Bund dafür ein Gesetz gemacht und damit Integration zur Staatsaufgabe gemacht habe, obwohl es die Aufgabe von jedem Einzelnen sei. Entscheidend sei, dass die Rechtssetzung durchgesetzt werde. «Es besteht aber die Gefahr, dass wir vor lauter Toleranz einknicken.»